Lahn-Dill-Kreis

20.12.2022

B E S C H L U S S

aus der 13. Sitzung
des Kreistages
am Montag, 19.12.2022

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 2.
Fragestunde

Erreichbarkeit der Ausländerbehörde
Vorsitzenden Volkmann (CDU):

1. Wie lange sind derzeit die durchschnittlichen Wartezeiten für Terminvergaben bei der Ausländerbehörde des Lahn-Dill-Kreises und welche Einschränkungen bestehen bei der telefonischen und schriftlichen Erreichbarkeit der Behörde?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Kreisausschuss um die Erreichbarkeit und Terminvergaben zeitnah zu verbessern?

Landrat Schuster (SPD) bietet zunächst an, die Arbeit der Ausländerbehörde auf die Tagesordnung der Sitzung des HFWO am 23. März zu setzen, da die Fragestellung komplexer sei. Er antwortet,

Landrat Schuster (SPD) antwortet:
„Die Länge der Wartezeiten für einen Termin richtet sich nach dem individuellen Anliegen des Kunden. Die vorhandenen Terminkapazitäten bei der Ausländerbehörde sind an sich ausreichend, weshalb grundsätzlich derzeit Termine innerhalb von zwei bis vier Wochen angeboten werden können.
Die wirklichen Vakanzen sind derzeit in der Antragsbearbeitung zu sehen. Problematisch ist daher weniger die Wartezeit für einen tatsächlichen Termin, sondern die Wartezeit, bis über einen Antrag entschieden wurde. Hier liegen die Bearbeitungszeiten und damit die Zeit zwischen Antragstellung und Einladung bei 8 bis 12 Monaten, bei weniger aufwendigen Anliegen ist die Vorlaufzeit deutlich kürzer. Diese Zeit variiert stark mit der Mitwirkung des Kunden und wird mit der Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung überbrückt.
Die telefonische Erreichbarkeit ist über die Hotline des Fachdienstes und die Durchwahlen der Mitarbeitenden gegeben. An der Hotline erreichen den FD 15.3 täglich ca. 1000 Anrufe während der Sprechzeiten. Diese Anrufe können nicht alle entgegengenommen werden, weshalb die Erreichbarkeit hierüber eingeschränkt und teilweise problematisch ist.
Emails, die über das allgemeine Postfach eingehen, sowie die Eingangspost in Papier werden täglich gesichtet und an die zuständigen Mitarbeitenden verteilt. Auf Grund des hohen Aufkommens (ca. 80 – 100 Emails pro Tag im allg. Postfach zzgl. der Emails in den Postfächern der Sachbearbeiter) kommt es an dieser Stelle zu Bearbeitungsrückständen von mehreren Wochen bis hin zu einigen Monaten. Die Bearbeitung erfolgt nach Posteingang und Priorität.
In Summe machen das hohe Arbeitsaufkommen sowie die Vakanzen in der Stellenbesetzung eine kurzfristige Abarbeitung der Anliegen unmöglich.“

Stellenbedarf a.G. Fallzahlen	Status	Ergebnis
Sachbearbeitung A10/9b 10,05 VZÄ	3,85 VZÄ besetzt 1,0 VZÄ ab 01.01.2023 unbesetzt wg. Kündigung 1,0 VZÄ unbesetzt wg. Langzeiterkrankung	In Summe **6,2 VZÄ unbesetzt** von 10,05 VZÄ (Stand 01.01.2023)

	4,2 VZÄ unbesetzt	
Schalterdienst EG 9a 24,12 VZÄ	17 VZÄ besetzt 1,0 VZÄ unbesetzt wegen Langzeiterkrankung	In Summe

„Es werden weitere zusätzliche Stellen geschaffen. Durch einen neu gefassten Beschluss wurden die Fallzahlen pro Vollzeitäquivalent abgesenkt. Allerdings steht die Ausländerbehörde vor dem Problem, diese Stellen adäquat zu besetzen.
Zusätzlich werden die Möglichkeiten der digitalen Antragstellung weiter ausgebaut:

1. Onlineverpflichtungserklärung: steht kurz vor Abschluss (Einführung Anfang 2023)
2. Online-Beantragung Aufenthaltserlaubnis: Für Geflüchtete aus der Ukraine bereits umgesetzt, für alle anderen Rechtsgrundlagen vermutlich in der ersten Jahreshälfte 2023)
3. Online-Terminvereinbarung: Einführung vermutlich erste Jahreshälfte

Es wird versucht auf verschiedenen Wegen adressatengerechte Informationen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören:

- regelmäßige Pressemitteilungen,
- Informationen als automatische Antwort bei Emails an das allgemeine Postfach
- großflächige Überarbeitung der Informationen auf der Homepage einschließlich FAQs.“

<u>Kollision von Sitzungsterminen, insbesondere beim Naturschutzbeirat</u>
Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE):

1. Werden die Dezernentinnen und Dezernenten in Zukunft darauf einwirken, dass Beiräte nicht mehr mit Sitzungen der Ausschüsse des Kreistages kollidieren werden?

Zusatzfrage:
Falls nein, welche Maßnahmen planen Sie, um die Beschlussfähigkeit der Beiräte in Zukunft sicherzustellen?

Landrat Schuster (SPD) antwortet in Vertretung für die Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Biermann (B90/Die Grünen):
„Grundsätzlich dient der Sitzungskalender der parlamentarischen Gremien als Grundlage für die Festlegung des Termins des Naturschutzbeirats. Nur in dringenden Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden. Das war bei der letzten Sitzung leider der Fall. Nach Abgleich der Terminkalender des Beiratsvorsitzenden, dem Abteilungsleiter und der Dezernentin, sowie dem Raumbelegungsplan blieb nur dieser Termin übrig. Die Dezernentin bittet nochmals um Entschuldigung und versucht zukünftig solche Terminüberschneidungen zu vermeiden.“
Zur Zusatzfrage:
„Der Abteilungsleiter und die Dezernentin haben sich bezüglich des Beirats schon ausgetauscht. Der Dezernentin ist dieser Beirat sehr wichtig und sie möchte die Beschlussfähigkeit in Zukunft sicherstellen. Dazu wird zeitnah ein Schreiben an die Ausschussmitglieder verfasst, in dem darauf hingewiesen wird:

1. Wir bitten um Zu- bzw. Absage der Termine
2. Im Falle einer Absage, soll wenn möglich der Stellvertreter teilnehmen.“